

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

weniger Stromleitungen, mehr Photovoltaik und ein **eigenes Wasserstoffzentrum für Bayern**: Energieminister **Hubert Aiwanger** hat vergangene Woche im Landtagswirtschaftsausschuss seine Marschroute zur künftigen Energiepolitik Bayerns vorgestellt – und stößt damit auf große Zustimmung auch in der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion. Denn so zeigt sich bereits acht Monate ihrem Start deutlich die Handschrift der FREIEN WÄHLER in der schwarz-orangen Koalition. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass unser stellvertretender Ministerpräsident auf Bundesebene in kürzester Zeit einen Kompromiss



zum Bau der umstrittenen Stromleitungen erzielen konnte. Das ist ein großer Erfolg und entlastet besonders die Bürger in Nordbayern. Auch die Sonnenenergie auf benachteiligten landwirtschaftlichen Flächen baut der Freistaat nun auf höherem Niveau aus. Doch bis zur vollständigen Bewältigung der Energiewende gibt es noch viel zu tun. Deshalb wollen wir die Energieforschung ausweiten – auch bei Energienetzen und der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Schaffung eines eigenen Wasserstoffzentrums zeigt, dass wir viele verschiedene Technologien einsetzen müssen, wenn wir die Energiesektoren Wärme, Strom und Mobilität für einen besseren Klimaschutz miteinander verzahnen wollen. Unterm Strich kombinieren wir auf diese Weise sichere, bezahlbare, umwelt- und klimafreundliche Energie mit einer möglichst dezentralen Wertschöpfung und Erzeugung vor Ort. Wir FREIE WÄHLER wollen den Schutz von Mensch und Natur mit den Anforderungen an einen modernen Wirtschaftsstandort von Weltrang unter einen Hut bringen – das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig.

„Wir FREIE WÄHLER setzen neben Photovoltaik, Windkraft, Geothermie und E-Mobilität auf eine weitere Säule: Wasserstoff! Mit dieser Technologie lassen sich die zentralen Energiebereiche Strom, Verkehr und Wärme miteinander verzahnen und so neue Impulse zur Bewältigung der Energiewende in Deutschland setzen.“

Rückblick

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion macht sich auch für digitale Bildung an Bayerns Schulen stark – und löst damit ein weiteres Politikversprechen ein. Auf Einladung der Fraktion versammelten sich vergangene Woche Zukunftsgestalter aus Schule, Wirtschaft und Politik im Maximilianeum. Mit ihnen diskutierten Fraktionschef Florian Streibl und Kultusminister Michael Piazzolo unter anderem darüber, wie **digitale Infrastruktur und eine angemessene Betreuung der Schulen schneller vorangebracht werden können**. Fazit: Dazu benötigen wir in allen Landesteilen Bayerns schnelles Internet – insbesondere im ländlichen Raum. Schulen müssen flächendeckend mit einem belastbaren WLAN ausgestattet werden und **Lehrern wollen wir ausreichend Anrechnungsstunden** für die Zeit geben, in der sie sich um Wartung und Pflege der IT-Ausstattung kümmern. Richtig gute Nachrichten gab's schlussendlich aus dem Kultusministerium: **Über eine Milliarde Euro will Minister Piazzolo für die digitale Bildung ausgeben** und unter anderem 50.000 digitale Klassenzimmer errichten, die Lehrerfortbildung vorantreiben. Eins ist uns dabei besonders wichtig: Die Technik hat der Pädagogik und Didaktik zu dienen – im Mittelpunkt steht das Entwicklungspotential der Schülerinnen und Schüler.

Einen Videobericht zum Thema finden Sie hier: <https://is.gd/a3wEgQ>

Erschüttert hat uns die Jahresstatistik „**Gewalt gegen Polizeibeamte 2018**“. Es ist schlimm, dass der Respekt gegenüber Amtspersonen in den letzten Jahren immer stärker abgenommen hat und Gewalt gegen Polizeibeamte zunimmt – darunter nicht nur verbale Entgleisungen, sondern auch Körperverletzungen und sogar Tötungen.

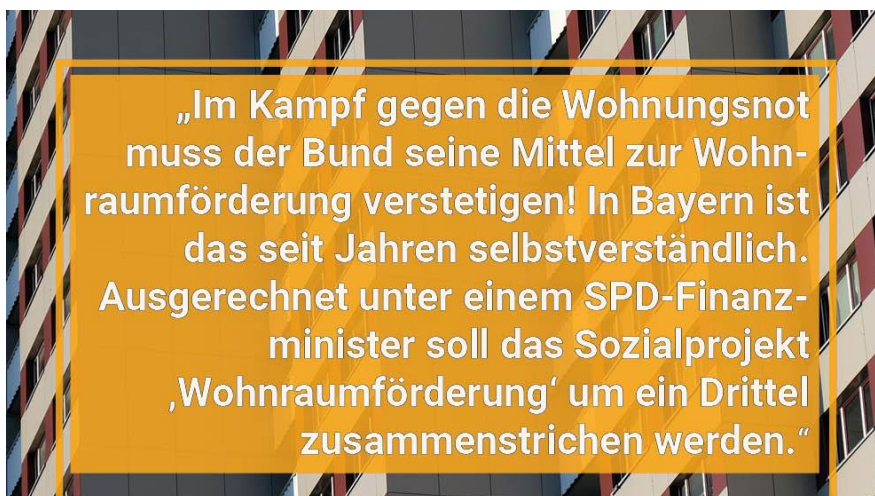
Wir FREIE WÄHLER beobachten diese Entwicklung mit großer Sorge. **Den Anstieg des Widerstands gegen Polizeivollzugsbeamte verurteilen wir aufs Schärfste, hier wollen wir handeln.** Gerade vor einer weiteren Zunahme von Angriffen mit Stichwaffen muss unsere Bayerische Polizei mittels geeigneter Ausrüstung geschützt werden – stichsichere Schutzwesten und schnittfeste Handschuhe sind hier das Mittel der Wahl. Außerdem begrüßen wir den **deeskalierenden Einsatz von Bodycams** – anlassbezogen und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen. Polizistinnen und Polizisten stellen sich täglich neuen Herausforderungen zur Gewährleistung unserer Sicherheit. Es ist höchste Zeit, dass ihnen die gesamte Gesellschaft entsprechende Wertschätzung entgegenbringt.

Noch so ein Schlag in die Magengrube – der **Tierskandal bei einem Milchviehbetrieb im Unterallgäu hat uns erschüttert.** Einem kranken Rind gegen den Kopf zu treten oder Tiere auf irgendeine andere Weise zu traktieren, ist eine Gemeinheit und durch nichts zu rechtfertigen. Und es ist für jeden verantwortungsbewussten Landwirt ein absolutes Tabu. Sollten sich die schweren Vorwürfe gegen den Milchviehbetrieb in Bad Grönenbach bestätigen, müssen die **Verantwortlichen rigoros bestraft** werden. Dankenswerterweise hat Umweltschutzminister **Thorsten Glauber** sofort reagiert, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Vergessen wir jedoch nicht, dass die überwältigende Mehrheit bayerischer Milchviehbetriebe mit solchen Machenschaften nichts zu tun hat und trotz gewaltigen wirtschaftlichen Drucks das Tierwohl selbstverständlich in den Mittelpunkt stellt. Verschärfte Kontrollen sollten daher vor allem bei Betrieben durchgeführt werden, die bereits mehrfach einschlägig in Erscheinung getreten sind.

Kann ich der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei WhatsApp, dem Facebook-Messenger oder Instagram-Nachrichten noch trauen? Liest wirklich kein Geheimdienst, keine NSA – und bitte schon gar nicht die Chinesen – mit? Wir setzen uns für sichere digitale Kommunikation und den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Kundendaten ein – und können einen ersten Erfolg vermelden: Nach breiten Protesten aus Gesellschaft und Wirtschaft hat das Bundesinnenministerium kürzlich klargestellt, keine Verschlüsselungsverbote oder technische Hintertüren bei Messenger-Apps einführen zu wollen. Wir FREIE WÄHLER begrüßen, dass die Bundesregierung somit weiterhin an dem wichtigen **Prinzip ‚Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung‘** festhält. Denn Hintertüren, sogenannte ‚Backdoors‘, eröffnen dritten Personen, die nicht direkt an einer Kommunikation beteiligt sind, die Möglichkeit, mitzulesen. Unternehmen,

Verbraucher und Verwaltung in Deutschland müssen sich aber darauf verlassen können, dass ihre Daten und ihre digitale Kommunikation technisch so gut wie möglich geschützt und die genutzten Systeme vertrauenswürdig sind. Erfolgreiche Schläge gegen Darknet-Plattformen zeigen, dass unsere Ermittlungsbehörden und Nachrichtendienste dem kriminellen Missbrauch von Verschlüsselung mit einer Kombination aus klassischer Ermittlung und High-Tech erfolgreich entgegenzutreten können. Wir fordern daher, dass die angekündigte gesetzlich geregelte Ausnahme für staatliche Zugriffe keine technische Schwächung der in Deutschland verfügbaren Verschlüsselungstechnologien herbeiführen darf und die Sicherheitsbehörden so ausgestattet werden, dass sie ihren verfassungsgemäßen Auftrag, bundesweit für staatliche Sicherheit zu sorgen, gerecht werden können.“

Geärgert haben wir uns in der zurückliegenden Woche über Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Ausgerechnet der Vizekanzler – ein Sozialdemokrat – will das Sozialprojekt „Wohnraumförderung“ um ein Drittel zusammenstreichen. Wir FREIE WÄHLER sind uns dagegen mit unserem Koalitionspartner einig: Schon wegen des immer dringenderen Kampfs gegen die Wohnungsnot in den Metropolregionen Deutschlands **muss der Bund seine Mittel zur Wohnraumförderung verstetigen – so wie es in Bayern seit Jahren selbstverständlich ist.** Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt würden für den Freistaat einen Ausfall von rund 80 Millionen Euro bedeuten – Scholz muss das korrigieren. Zugleich begrüßen wir die Verabschiedung einer Änderung des Einkommensteuerrechts durch den Bundesrat. Durch die nun möglichen höheren Abschreibungen für Mietwohnungen werden entsprechende Investitionen attraktiver. Wenigstens an dieser Stelle sind wir also für die Zukunft gewappnet.



Jeder von uns kann im Laufe seines Lebens durch widrige Umstände in eine soziale Notlage geraten. Kein Dach mehr über dem Kopf zu haben, ist eine extreme Form davon. Uns FREIEN WÄHLERN ist es daher wichtig, dass sich die Staatsregierung der Wohnungs- und Obdachlosen intensiv annimmt. Die grundsätzliche Zuständigkeit bei Beratungs- und Unterstützungsangeboten für wohnungslose Menschen liegt bei den Kommunen – den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken, sodass immer auch **örtliche Bedarfe Berücksichtigung finden sollen**. Dennoch wollen wir die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir vereinbart, die Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“ zu gründen. Dafür sind in den kommenden zwei Jahren **insgesamt fünf Millionen Euro eingestellt worden**. Mit den Stiftungsmitteln werden wir aktive finanzielle Hilfe leisten – und zwar dort, wo sie gebraucht wird: in den Beratungsstellen, den Koordinierungsstellen der Wohnungslosenhilfe, bei der Bahnhofsmiessionsarbeit und Modellprojekten. Das soziale Netz in Bayern ist eng geknüpft; wer arm ist oder seine Arbeit verliert, der erhält Unterstützung vom Sozialamt. Doch die Realität ist auch: Die üblichen Mechanismen der Auffanghilfe greifen bei von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen nur selten. Ihnen fällt es häufig schwer, bei Behörden um Hilfe zu bitten. Gerade deshalb dürfen wir diese Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen.

Das Streikrecht ist ein wichtiges und hehres Recht für Arbeitnehmer, keine Frage. Aber musste, wie letzte Woche bei der MVG in München, gleich der erste Warnstreik den *kompletten* U-Bahnverkehr lahmlegen? Die Forderungen der rund 1.300 MVG-Mitarbeiter sind im Grundsatz nachvollziehbar. **Nicht nachzuvollziehen ist allerdings, warum rund 1,5 Millionen Menschen an einem Werktag um ihr mit Fahrkarten erkaufte Recht betrogen werden, mit U-Bahn, Bus und Tram zur Arbeit zu pendeln, zum Arzt zu fahren oder ihre Kinder zur Schule zu bringen.** Die Menschen in und um München müssen sich auf einen funktionierenden ÖPNV verlassen können und dürfen nicht zur Durchsetzung monetärer Interessen in Geiselschaft genommen werden. Hier ist das Streikrecht deutlich über Gebühr beansprucht worden. Erfreulich ist allerdings, dass viele Betroffene das Fahrrad als attraktive Alternative zu öffentlichen Transportmitteln entdeckt haben – manchmal braucht man halt doch einfach nur den berühmten „Plan B“...

Euer

Manfred Eibl

Impressum

Simone Hannen,
Büroleitung, Presse

V.i.S.d.P.:
Abgeordnetenbüro Manfred Eibl, MdL
Am Lindberg 17
94157 Perlesreut
Telefon +49 8555 4058548
Handy +49 170 9524965
E-Mail kontakt@manfred-eibl.de
Internetseite www.manfred-eibl.de
Facebook <https://www.facebook.com/Manfred.Eibl.LTW2018>